

VON VIREN, ANKERN UND UHREN

THOMAS KÖNIG UND MICHAEL STAMPFER

1. WAS KANN WISSENSCHAFT BEI PANDEMIEN LEISTEN?

Die gegenwärtige Periode ist für die meisten von uns der größte Einschnitt, mit dem wir in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben bisher konfrontiert worden sind. Ein ziemlich gefährliches *und* ziemlich ansteckendes Virus hat in kürzester Zeit Gewissheiten ausgehebelt, Staaten, Organisationen, Individuen und globale Interaktionen vor größte Herausforderungen gestellt, von den Intensivstationen über die Logistikketten bis zu öffentlichen Budgets und Katastrophenvorkehrungen.

Wenn alle Institutionen unter großen Stress geraten und viele Unbekannte auftreten, die beantwortet werden sollen, dann richten sich die Blicke auf unsere Institutionen: Wer bietet rasche Antworten? Von wo ist Abhilfe zu erwarten? Wer und was bewährt sich? Wo fehlt es an Resilienz, an Strukturen, an Handlungsfähigkeit? Wo wäre angesichts einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit mehr Voraussicht wichtig gewesen? Wohl auch: Welche Erkenntnisse, Handlungen und Unterlassungen lassen sich in vorhandene Bilder von der Welt einordnen?

Zu Recht steht die Wissenschaft hier überall an einer prominenten Stelle, ist unsere Welt von ihr doch wesentlich mitgestaltet worden. Das große Feld der Biomedizin ist dafür exemplarisch, weil seit Jahrzehnten besonders viele Hoffnungen, sehr große Budgets und gewaltige Anstrengungen mit Arbeiten verbunden sind, die uns Krankheiten verstehen, diagnostizieren und erfolgreich bekämpfen lassen. Daher ist es nur naheliegend, dass die Wissenschaft sich selbst fragt, was sie auch von der Gesellschaft gefragt wird, eben: „Was kann die Wissenschaft bei Pandemien leisten?“ Freilich ist hier gleich eine Unterteilung nötig, denn grob gesprochen kann man von zwei unterschiedlichen Beiträgen der Wissenschaft sprechen. Der erste Beitrag zielt auf die *Problemlösung*: Das bedeutet in der gegenwärtigen Krise namentlich die – globale – Entwicklung von wirksamen Impfstoffen, durch deren Verabreichung die Verbreitung des Virus stark eingedämmt werden kann. Der zweite Beitrag zielt auf die *Problemlinderung* und Strukturanpassung, etwa um durch das Bereitstellen von wissenschaftlich abgesichertem Wissen Handlungsanleitungen zu ermöglichen, welche das Wüten der Pandemie (und die damit verbundenen Folgen) dämpfen. In jeder guten Heldengeschichte wird es der erste Beitrag sein, auf dem die Aufmerksamkeit ruht. Zugleich jedoch sind wir alle davon abhängig, dass der zweite Beitrag leidlich gut funktioniert.

Was also hat die Wissenschaft als globales Unterfangen zur Problemlösung der Pandemie geleistet? Offen gestanden ist der Einschätzung, die der Wissenschaftsjournalist Ed Yong in seinem glänzenden Artikel im Dezember 2020 zur Coronakrise gegeben hat, wenig hinzuzufügen:¹ Die erste Herausforderung wurde hervorragend bewältigt, diese Prüfung klarbestanden. Ende 2019 gab es kaum mehr als einzelne Gerüchte über das neue Virus; und dann war dessen genetischer Code innerhalb weniger Wochen sequenziert und viele andere Eigenschaften und Angriffspunkte bekannt. In weniger als einem Jahr standen mehrere getestete Impfoptionen zum Einsatz bereit. Die globalen Forschungscommunities arbeiten – freilich regional sehr unterschiedlich – seit Beginn der Krise äußerst intensiv über unterschiedliche Grenzen hinweg zusammen und sie können auf vorangegangene Durchbrüche in der Grundlagenforschung rasch aufbauen, von den Computerwissenschaften bis zur RNA-Forschung.

Yongs Artikel ist freilich kein Abfeiern der Wissenschaft; eher im Gegenteil, es ist eine kritische Abwägung, an einigen Stellen sogar eine Abrechnung. Die Leistung der Wissenschaft zur (voraussichtlichen) Problemlösung hat

¹ Der Text von Ed Yong, „How Science Beat the Virus. And what is lost in the process“, erscheint in der nächsten Ausgabe von *The Atlantic* (1/2021) und steht seit 14.12.2020 online unter <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2021/01/science-covid-19-manhattan-project/617262/> (letzter Zugriff: 19.12.2020)

auch einige weniger glänzende Seiten des Wissenschaftsbetriebs sehr deutlich zum Vorschein gebracht: Wissenschaftler/innen, die sich ohne tiefere Expertise wichtigmachen und zur allgemeinen Verwirrung beitragen; schlampig durchgeführte, häufig zu kleine Studien, die Ressourcen verschwenden und deren Ergebnisse nicht vertrauenswürdig sind; und vor allem auch liegen gebliebene Forschungsarbeit zu anderen, drängenden Themen. Der medizinisch-naturwissenschaftliche Lösungsweg für das zugrundeliegende Problem ist aber keinesfalls der einzige Beitrag, der von der Wissenschaft in dieser Pandemie erwartet wurde und wird. Das Entwickeln verlässlicher Impfstoffe dauert auch im aktuellen Fall seine Zeit, selbst wenn dafür erstens buchstäblich alles liegen und stehen gelassen wird, es zweitens eine massive Ressourcenbereitstellung und intellektuelle Zuwendung dafür gibt, wie in den letzten Monaten ja geschehen, und drittens die Wissenschaft so schnell war wie noch nie zuvor. (Der Weg zu Therapeutika ist noch länger und gewundener.) In diesen Monaten wütet die Pandemie weiter. Dieses Wüten soll gedämpft werden, und auch dazu braucht es Wissen – Wissen, das ebenfalls nach wissenschaftlichen Standards abgesichert sein soll, soweit das eben möglich ist, und das grob gesagt dazu dienen kann, Akteurinnen und Akteure und deren Verhaltensweisen zu verstehen und zu beeinflussen.

Im weiteren Verlauf dieses Essays interessieren wir uns ausschließlich für diese zweite Art des Beitrags der Wissenschaft, schon aus der Überzeugung, dass das, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, eine Achterbahnfahrt war, die weder ökonomisch noch sozial noch politisch noch individuell emotional beliebig wiederholbar ist und schon gar nicht zum Dauerzustand werden kann.² Und weil das so ist, glauben wir, dass es massiven Verbesserungsbedarf gibt, was diesen zweiten Beitrag der Wissenschaft anbelangt, nämlich mit Wissen während einer Krise zur Linderung derselben beizutragen und daraus auch für die Zukunft etwas zu lernen. Es ist vielleicht kein ganz so glänzender Beitrag, aber er ist hochrelevant.³

Das bedeutet aber dreierlei: Erstens müssen wir auf „Wissenschaft“ viel universeller schauen als bloß auf die biomedizinische Forschung und damit die Geistes- und vor allem Sozialwissenschaften auch stärker in den Mittelpunkt rücken. Zweitens darf unser Blick dafür nicht auf globaler Ebene bleiben, sondern muss sich auf die staatliche Ebene begeben⁴. Drittens betreten wir damit unversehens dorniges Gelände, nämlich die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik⁵. Mit anderen Worten: Uns interessiert nicht die (unbestreitbare) Leistung der Wissenschaft per se, sondern uns bewegt die Frage, welche Voraussetzungen und Bedingungen an dieser Schnittstelle bestehen und wer welche Schritte setzt und setzen soll, sowohl innerhalb der Wissenschaft und ihrer Kommunikations- und Interaktionsmuster als auch zwischen den Sphären der Politik und der Wissenschaft.⁶ Das führt sofort zur nächsten Frage, nämlich welche Ressourcen und Strukturen die Politik wann und warum der Wissenschaft bereitstellt, einem Teilsystem der Gesellschaft, das strikt davon überzeugt ist, an Ressourcen nie genug und an nicht völlig selbstbestimmten Strukturen stets zu viel vorgesetzt zu bekommen.

Mit diesem Essay möchten wir die Dornbüsche ein wenig stutzen und damit einen Blick ermöglichen, um die uns gestellte Frage zu beantworten. „Was kann Wissenschaft bei Pandemien leisten?“ Dazu möchten wir im folgenden Abschnitt zunächst auf die Verhältnisse schauen, die wir am besten kennen: jene in Österreich. Wir wollen dabei hier keinen Österreich-Exceptionalismus vornehmen: Österreich hat sich vielleicht nicht klüger oder weniger klug verhalten als andere vergleichbare Länder, und wenn überhaupt, werden das erst Sozialwissenschaftler/innen und Historiker/innen im Nachhinein bestimmen können. Wir kennen schlicht unsere Heimat besser als andere Länder; und zweitens glauben wir, dass hier die Ansatzpunkte zur Verbesserung der Situa-

² Wir schreiben diesen Beitrag aus dem Blickwinkel von Personen, die für die Wissenschaft und zugleich an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft tätig sind.

³ In der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur ist dieser Beitrag u.a. bekannt als „policy-relevant science“, siehe etwa den Aufsatz von Sheila S. Jasanoff (1987), „Contested Boundaries in Policy-Relevant Science“, in: *Social Studies of Science*, Vol. 17(2), S. 195–230.

⁴ ... die einmal Europa, einmal ein Nationalstaat, einmal eine Region sein kann.

⁵ Unter Politik verstehen wir Politik im engeren Sinn und Verwaltung als im Sinne der Preisfrage nicht zu trennenden Gesamtkomplex. Wo wir auf die Verwaltung direkt abzielen, wird sie im Essay angesprochen.

⁶ Auch Ed Yong weist in seinem Artikel darauf hin, dass die eigentliche Herausforderung in der Pandemie nicht so sehr im Abrufen von wissenschaftlichen Leistungen besteht, sondern darin, in einer anhaltenden Krisensituation den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess so zu organisieren, dass er effizient durchgeführt wird und zu reliablen Ergebnissen führt. Das inkludiert in großem Ausmaß organisatorische Fähigkeiten, politische Autorität und Kapazitäten, für die in Friedenszeiten bereits vorgesorgt sein muss. Es ist vornehmlich eine staatliche Aufgabe im Sinne politisch-administrativer Prozesse und Strukturen – einfach deshalb, weil eben die Strukturen, die eine solche Organisation und Koordination erlauben, staatlich sind. Und es ist vornehmlich eine politisch-administrative Herausforderung, weil Organisation und Koordination den Einsatz staatlicher Strukturen im Kontext demokratischer Willensbildung und Überzeugungsarbeit erfordert.

tion eben auf nationaler (europäischer, regionaler) Ebene gelingen können und nicht im internationalen/globalen Kontext. Dieser Blick auf das Eigene erlaubt uns jedenfalls eine genauere Problembe-stimmung, die dann vielleicht auch in anderen Kontexten gilt. Im dritten Abschnitt fragen wir nach den Eigenlogiken der beiden Teilsysteme Wissenschaft und Politik und ob sie überhaupt miteinander sprechen können. Im darauffolgenden letzten Abschnitt soll danach geschaut werden, ob etwas getan werden kann.

Vorerst begeben wir uns jedoch einmal auf den Hohen Markt in der Wiener Innenstadt.

2. WARUM IST UNS SO KALT, WO WIR DOCH EH NICHTS ANHABEN?

In der uns in diesen Tagen so nahen und so fremden, so ver-virten und verseuchten Heimat sehen wir täglich zu bestimmten Tageszeiten Politiker/innen wie die Figuren auf der Wiener Anker-Uhr (eine bekannte Touristenattraktion, Abb. 1) erscheinen, dann spielt die Melodie und sie verschwinden wieder. Wenn eine Verkündigung ansteht, berufen sie sich manchmal auf den Alltagsverstand und manchmal auf die Wissenschaft, sie präsentieren einmal Zahlen und einmal Schuldzuweisungen. Sie fühlen sich offensichtlich unwohl mit zu vielen Daten und sie fühlen sich offensichtlich unwohl mit zu vielen Meinungen, Zwischenergebnissen und widersprüchlichen Erkenntnissen.



Abb. 1. Die reale Anker-Uhr in Wien: Es ist 12:43 Uhr, „Meister Joseph Haydn“ ist mit Geige und Bogen erschienen, dazu spielt „Die Himmel erzählen“ (aus Haydns Oratorium „Die Schöpfung“).⁷

⁷ Bildquelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/ba/Ankeruhr_stitched_c_2009_PD.jpg (letzter Zugriff: 28.12.2020) – Verwendung

Auf der anderen Seite unserer gedachten Anker-Uhr, allerdings weniger gut sichtbar, erscheinen fachfremde Wissenschaftler/innen, die mit Modellen arbeiten, deren kontextbezogene Grundlagen sie nicht immer ganz verstehen, und es erscheinen andere Wissenschaftler/innen, die politische Entscheidungen unterstützen, indem sie auf Studien verweisen, die zum Teil aber ganz etwas anderes sagen. Egal wer auftritt, es geht etwas mechanistisch vonstatten und fesselt jeweils für ein paar Minuten die Aufmerksamkeit des Publikums.

Es erscheint das Epidemiologische Meldesystem (EMS), das als Meilenstein dargestellt wurde und nach rund acht Monaten nicht mehr funktioniert, weil es noch immer auf einem uralten System läuft; es hat offenbar niemand daran gedacht, ein Upgrade der Infrastruktur anzuordnen, um bei steigenden Fallzahlen mithalten zu können. Es erscheint das *Contact Tracing* ... und verschwindet gleich wieder. Es erscheinen Spitzenbeamte, die kurz behaupten, alles im Griff zu haben. Es kommen die Gurgeltests an Schulen, bei denen sich alle lange Zeit gegenseitig behindert haben und dann die Statistik Austria, die für die empirische sozialwissenschaftliche Forschung in den letzten Jahrzehnten ein schwarzes Loch dargestellt hat. Es erscheinen viele Köche und zum Abschluss noch als Gespenst das nicht vorhandene österreichische Robert Koch-Institut.

Wir sehen aber auch die Forscher/innen der Nationalbank, des WIFO und der Universität Wien, die Indikatoren bauen, mit denen man in Echtzeit messen kann, was Covid-19 in der Wirtschaft bewirkt. Wir sehen die Forscher/innen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Licht in so unterschiedliche Fragestellung wie die Mutationen des Sars-COV-2-Virus oder die Belastungen für geflüchtete Menschen und ihre Betreuungsstrukturen in Pandemiezeiten bringen. Wir sehen endlich regelmäßige Panelstudien und krisentaugliche Modellierungen komplexer Systeme und Abläufe. Die Wissenschaftler/innen sind zwar nie fertig und sich nie einig, aber sie wollen wissen und sie wollen und können helfen. Sie sind, auch in Österreich, schneller, findiger und über Disziplinen hinweg verbundener geworden. Wir sehen Versuche wie das Future-Operations-Clearing-Board, fehlende Schnittstellen zwischen wissenschaftlicher Expertise und der Bundesverwaltung aufzusetzen;⁸ wir sehen, wie die (allerdings insgesamt sehr spärlichen) Fördermittel, die für Forschung zu COVID-19 ausgeschüttet werden, sehr rasch – innert Wochen und Monaten – maßgebliche Effekte auf den Wissensstand und die Diskussionen in der Öffentlichkeit gezeitigt haben.

Wir sehen die Verwaltung und können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass diese in weiten Bereichen von der COVID-19 Pandemie eher kalt erwischt worden ist – jedenfalls tut sie sich entsprechend schwer, mit langsamen Lerneffekten. Hier ist angesichts der gestellten Frage für dieses Essay nicht der Ort, in die Tiefe zu gehen,⁹ und Antworten haben schon gescheiterte Verfassungskonvente gegeben.¹⁰ Das Grundproblem hier ist einfach folgendes: Die Regelwerke, Zuständigkeiten und Abstimmungserfordernisse sind bereits im Normalzustand der Republik zu kompliziert, sprich wenn gar keine große Krise da ist.

Dazu kommt, ebenfalls im Normalzustand, oft ein geringer Standard in der Dichte der wissenschaftlichen *Kapazitäten* in zentralen Feldern, dem eine geringe Nachfrage kausal gegenübersteht. Das bedeutet etwa, dass wir in Österreich kaum starke *Sektorforschungsinstitute*, wie sie etwa in Deutschland, den Niederlanden oder den skandinavischen Staaten etabliert sind, somit zu wenig Evidenz, kaum starke Zeitreihenstudien, kaum unabhängige langfristige Forschung zu Themen in gesellschaftlichen Bereichen haben. *Beratungskommissionen* sind oft von Unernst seitens des Beratenen geprägt, wofür die Stilllegung des Obersten Sanitätsrates während der ganzen Corona-Krise ein anekdotisches Zeugnis ausstellt. Die Verfügbarkeit von *Daten* ist stark verbesserungs-

unter einer CC BY-SA 3.0 Lizenz.

⁸ Das Board hat zwar keine Rechtspersönlichkeit, aber zumindest eine eigene Website: <https://futureoperations.at/> (letzter Zugriff: 27.12.2020).

⁹ Sehr viel Richtiges dazu lässt sich im Kommentar von Wolfgang Gratz in der Wiener Zeitung vom 29.11.2020 nachlesen: „Covid-19 und die evolutionäre Sackgasse des Öffentlichen“, abrufbar unter <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/oesterreich/2083897-Covid-19-und-die-evolutionaere-Sackgasse-des-Oeffentlichen.html> (letzter Zugriff: 27.12.2020).

¹⁰ Siehe etwa den schnörkellosen Aufsatz von Heribert Franz Köck (2017) „The Project of Constitutional Reform in Austria“, in: Rainer Arnold und José Ignacio Martínez-Estay (Hrsg.): *Rule of Law, Human Rights and Judicial Control of Power: Some Reflections from National and International Law*, Cham: Springer, S. 271–292, https://doi.org/10.1007/978-3-319-55186-9_15.

bedürftig,¹¹ und das ist ganz sicher die falsche Strategie, auch wenn wir zu Recht gegen den *Surveillance-Capitalism*¹² und überwachungsstaatliche Tendenzen vorgehen müssen. Schließlich ist der Staat ein zögernder und unzuverlässiger *Besteller von Studien*, für die er die Autor/inn/en, die oft in unterfinanzierten Organisationen arbeiten, häufig nicht kostendeckend entlohnt und ihnen schließlich dadurch Anerkennung spendet, dass er ihre Studien nur höchst ungern veröffentlicht.

Solche Handwerksfragen wären sehr wohl lösbar, wäre das österreichische Politiksystem nüternsthaft an Evidenz interessiert. Wissenschaft und die damit verbundene Erzeugung von Wahrheiten nahmen nach 1945 für ein paar Jahrzehnte die Rolle einer kleineren Spielfigur am Schachbrett der Großen Koalitionen ein und wurden oft damit beschäftigt, die jeweils gegnerische Staatshälfte in Schach halten zu helfen, wozu zu viel Unabhängigkeit und Transparenz eher hinderlich waren.¹³ Heute gibt es neue, von der Politik geprägte und wohl ebenso harte Herausforderungen im Umgang zwischen den beiden Teilsystemen – dazu wollen wir allerdings nicht ins Detail gehen, sondern zur Corona-Krise als solcher zurückkehren.

Das Merkmal einer solchen Krise ist, dass sie plötzlich da ist. Die Pandemie bringt ein Tempo und eine zusätzliche Komplexität in die wichtigsten Politikbereiche und lässt die Eigengesetzlichkeiten der einzelnen Teilsysteme der Gesellschaft ebenso klar hervortreten wie die Logiken kleinerer Subsysteme, sprich von Interessensgruppen oder von einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen. Zum Erlernen neuer Sprachen und Handlungsweisen ist es dann genauso zuspät wie für Kurse zum Erlernen von Paartänzen, für Feuerwehübungen und das Anlegen von Vorratslagern.

Die COVID-19 Pandemie nährt den Verdacht, dass das Bewusstsein und die Bereitschaft in Österreich zur Krisenvorsorge nicht sehr hoch ausgeprägt sind, und manche Puffer und Stärken, auf die wir jetzt zurückgreifen können, aus anderen Gründen da sind: In jedem mittleren Ort soll es nach dem Willen der Landespolitiker/innen ein Vollkrankenhaus geben. Das hilft uns jetzt, ist aber nicht aus der Sorge wegen einer Krise entstanden, sondern um einen lokalpolitischen Normalzustand zu optimieren.

Der Staat ist gut genährt, was a priori nicht schlecht ist, verbraucht aber viele seiner Ressourcen durch ein überbordendes Verwaltungshandeln, das letztlich das Ergebnis politischer Entscheidungen ist. Weil das Verwaltungshandeln überbordend ist, sind auch vorausschauende Handlungen für den Krisenfall im Normalzustand so schwer zu setzen. Alle Eltern von Schulkindern schließen kurz die Augen und wissen was gemeint ist, selbst wenn sie die sagenhaften österreichischen Schulgesetze noch nie gelesen haben.¹⁴

Wir sehen mithin weniger die Schwächen im System bei der aktuellen Krisenbekämpfung, sondern stärker diejenigen unseres Normalzustandes, die eben noch mehr schlagend werden, wenn es zur Krise kommt. Dann ist der Entscheidungsspielraum noch enger, dann muss stärker gekünstelt und getrickst und Druck ausgeübt werden, um irgendwie zu einer Strategie im Umgang mit der Krise zu kommen. Die Wissenschaft kann sich, eingezwängt, zugleich unbeachtet und gehetzt sowie leider nicht gut genährt, in einem derartigen Setting nicht zu voller Wirksamkeit entfalten. Was also ist zu tun? Doch wenden wir uns zunächst der Frage zu, ob und wieweit Wissenschaft und Politik miteinander sprechen (können).

¹¹ Aufschlussreich dazu der Kommentar von Katharina T. Paul (2020) „Daten, Demokratie und Dunkelziffern“ auf der Website des Falter Think Tank: <https://cms.falter.at/blogs/thinktank/2020/05/25/daten-demokratie-und-dunkelziffern/> (letzter Zugriff: 3.12.2020). Die „Plattform Registerforschung“ weist seit Jahren darauf hin, dass die Daten, die in Verwaltungsregistern an sich zur Verfügung stünden, nicht für die wissenschaftliche Forschung freigegeben werden und dadurch die Überprüfung von staatlichem Handeln auf Effizienz und Fairness entfällt. Siehe zuletzt den kritischen Kommentar der beiden Ökonomen Martin Halla und Harald Oberhofer, „Stopp dem Herrschaftswissen!“, abrufbar unter <https://www.derstandard.at/story/2000122696492/covid-19-daten-stopp-dem-herrschaftswissen> (letzter Zugriff: 27.12.2020).

¹² Shoshanna Zuboff (2019), *The Age of the Surveillance Capitalism. The Fight for a Human Future at the NewFrontier of Power*, London: Profile Books.

¹³ Rupert Pichler, Michael Stampfer und Reinhold Hofer (2007), *Forschung, Geld und Politik. Die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945-2005*, Innsbruck: StudienVerlag. Wir tendieren zu vergessen, wie geknechtet, ideologisiert, unterfinanziert und verachtet weite Bereiche der Wissenschaften im Politikbetrieb der Nachkriegszeit waren

¹⁴ Das österreichische Schulrecht ist äußerst komplex, da als politischer Kompromiss zwischen Parteien und Regelungsebenen in der Nachkriegszeit gebaut; daher in vielem in Verfassungsrang und somit schwer änderbar und auch deswegen sehr strukturkonservativ. Versuche, es durch autonome Elemente auf Schulebene flexibler zu machen, wurden mit einem hohen Preis an weiterer Komplexität und Steuerungsverzicht bezahlt. In diesem System nisten überaus starke Interessensgruppen. Die Krise hat gezeigt, was in derselben alles *nicht* geht.

3. KÖNNEN WISSENSCHAFT UND POLITIK EINANDER AUF IHREN PFADEN BEGEGNEN?

Ob und wie Wissenschaft und Politik miteinander reden können, ist auch in der einschlägigen Forschung nicht klar. Um zwei besonders markant voneinander abgegrenzte Beispiele zu nennen: Die Systemtheorie nach Niklas Luhmann sieht in Politik und Wissenschaft zwei funktionale Teilsysteme der Gesellschaft, die ihr je eigenes Medium, ihren eigenen Code, ihr eigenes Programm haben und damit letztlich *übereinander* reden, aber nicht miteinander kommunizieren können. Nähme man Luhmann ganz ernst,¹⁵ dann braucht es zur Überwindung der Grenzen der Teilsysteme vielleicht wirklich eine (heute recht artifiziell wirkende) Konstruktion des „herrschaftsfreien Diskurses“, wie ihn wiederum Jürgen Habermas vorgeschlagen hat, welcher nach Errichtung und Einhaltung gesellschaftlicher, moralischer und kommunikativer Standards streben soll und bei dem der Wissenschaft und ihrer Wahrheitssuche eine zentrale Rolle zugestanden wird.¹⁶

Von einer ganz anderen Situation geht praktisch zur gleichen Zeitperiode Michel Foucault aus, bei dem Macht und Wissen überhaupt in eins fallen: „... jeder Punkt der Ausübung von Macht ist gleichzeitig ein Ort der Entstehung von Wissen. Und umgekehrt erlaubt und gewährleistet jedes hergestellte Wissen die Ausübung von Macht. Anders gesagt, bilden das, was gemacht wird, und das, was gesagt wird, keinen Gegensatz.“¹⁷ „Macht“ und „Wahrheit“ werden in institutioneller Verfasstheit der Staatswerdung in der Neuzeit bis ins beginnende 20. Jahrhundert hinein gänzlich neu zueinander definiert. Das Miteinander wird dabei geradezu zum Ineinander. Foucault leitet daraus historisch neue (und historisch zufällig entstandene, d.h. kontingente) Machtformen ab, die er in souveräne, Disziplinar- und Biomacht unterscheidet und welchen entsprechend neue staatliche Einrichtungen und Politikfelder korrespondierten; Wissenschafts- und Universitätspolitik wäre demnach der Versuch, die Produktion von neuem Wissen zu kontrollieren.¹⁸

Der eine sagt also, sie können nicht miteinander reden und der andere sagt, sie können nicht miteinander reden. Der Punkt hier ist nicht, dass die eine oder die andere Position des jeweiligen „Meisterdenkers“ richtig ist. Entscheidend ist aber für uns, dass wir beides in Rechnung zu stellen haben: die jeweiligen Eigenlogiken der beiden „Systeme“, wie sie die differenzierungstheoretische Wissenschaftssoziologie (egal ob in Bezug auf Luhmann oder eine andere soziologische Makrotheorie) beschreibt, und den Umstand, dass es keine festen Demarkationslinien zwischen Wissenschaft und Politik gibt, diese beiden aber ziemlich aufeinander angewiesen sind, wie es die (zwar nicht auf Foucault zurückgehende, aber zumindest von einem ähnlich gelagerten Forschungsprogramm inspirierte) wissenssoziologischen *Science and Technology Studies* interessiert.

Wir wollen hier zunächst kurz skizzieren, was einige der *Grunddynamiken und -logiken der Politik* in der Demokratie sind: Welchen Anreizen und Signalen folgt sie neben der zweifellos auch vorhandenen jeweiligen ideologischen Agenda? Aus den vielen Punkten, die auch erwähnenswert wären, sollen folgende kurz angeführt werden:

Zunächst ist Politik in einer repräsentativen Demokratie die *Vertretung von Interessen*: Das war früher vielleicht eindeutiger („Arbeiterpartei“, „Wirtschaftspartei“), indes: Wo ein Bauer oder eine Seilbahnbesitzerin sich hinwenden können, ist immer noch gut erkennbar, und das gleiche gilt etwa für die organisierte Arbeitnehmer/innenschaft. Solche Interessensvertretung heißt Versprechen abgeben und dann auch Ergebnisse bzw. gute Erklärungen liefern. Im Politikprozess bestehen außerdem kollektive Verhandlungsprozesse und viele

¹⁵ Wie der Hannoveraner Philosophieprofessor Dietmar Hübner in einer seiner sehenswerten Vorlesungen bemerkt hat, kann man Luhmann durchaus den Vorwurf machen, eine „German arm chair sociology“ betrieben zu haben, die in Maßen vielleicht relevant sein kann, aber in ihrer Hermetik eher an Hegel erinnere. Unsere Gegenüberstellung ist von dieser Vorlesung inspiriert: <https://www.youtube.com/watch?v=Bdu-e6IyY00> (letzter Zugriff: 18.12.2020).

¹⁶ Normalerweise stünde hier eine Referenz auf Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. Aufschlussreicher als dieses doch recht umfangreiche Werk ist aber das Interview mit Axel Honneth („Dialektik der Rationalisierung“), welches publiziert ist in Habermas (1985), *Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 167–208.

¹⁷ Michel Foucault (1973), *La Société Punitiv* (*Die Strafgesellschaft*). Vorlesung, zit. n.: Michel Senellart (2020), „Situierung der Vorlesungen. Nachwort des Herausgebers“, in: Michel Foucault, *Die Regierung der Lebenden. Vorlesung am Collège de France 1979-1980*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 457.

¹⁸ Siehe dazu die neue und höchst aufschlussreiche Studie von Ben W. Ansell und Johannes Lindvall (2020), *In-ward Conquest: The Political Origins of Modern Public Services*, Cambridge: Cambridge University Press, insbes. S. 47.

„Agendas“ neben- und übereinander. Es gibt buchstäblich Eimer voll von hochkomplizierten Situationen.¹⁹ Im Umgang mit sehr vielfältigen, sehr widersprüchlichen Interessen, Ansprüchen und Faktenlagen muss es doch eine rationale Lösung geben!? Nein, muss es nicht.

Weiters: *Machterhalt* gilt für einzelne Politiker/innen, für Gruppen innerhalb von Parteien wie für die ganze Parteien; über Wahlperioden hinweg und teils noch kürzer. Interessensvertretung ist nur ein Weg davon; Strategie, Spin, Beeinflussung, Medienpolitik und Gewinnung von Meinungsmacht ein weiterer. Ein dritter Weg ist das Besetzen von vielen Feldern im Vorfeld der Politik. Was all dem dient, das ist gerade wichtig. Damit in Zusammenhang, aber doch etwas Eigenes, ist das *Um-die-nächste-Kurve-Kommen*: Politik hat eine hohe Geschwindigkeit und es geht oft um Symbole, Gefühle und Meinungen, daher auch um ständiges Austarieren von Gewichten und zugleich um den Versuch, Profil zu bekommen und zu wahren. Oft geht es um wenige Stunden, häufig ist es ein Umgehen mit Überraschungen, und oft genug im Licht der Öffentlichkeit – das gehört zum Härtesten, was die Arbeitswelt zu bieten hat. Zuletzt, *normative Bindungen*: Der Parteitagsbeschluss und die Gesetzgebung sind das Gegenstück zur Kurvenfahrt. Mit solchen Beschlüssen gibt es nicht nur geschaffene Fakten, sondern eine starke kollektive Bindung der Politik; eine neue Realität hat normativen Charakter, das Spiel eine neue Ebene.

Nichts davon ist verwerflich, sondern der Logik der Politik geschuldet. Wir erinnern uns an Luhmann: Macht ist das Medium, die Wahl das Programm. Wir erinnern uns an Foucault: Die Macht wohnt überall.

Solche *Grunddynamiken und -logiken* gibt es auch in der Wissenschaft und auch hier einige Beispiele: In der Wissenschaft geht erst um Fragen, dann um das Ringen um gesicherte Erkenntnis (bis eine noch bessere kommt). Um absolute Wahrheit geht es nicht. Wissenschaft bietet *keinen sicheren Pfad*: Wenn neue Fragen und Probleme auftauchen, sind Konflikte, unterschiedliche Fachmeinungen und Lärm ganz natürlich – aber es wäre auch naiv, die Wissenschaft hier zu entschuldigen oder die Konflikte verhüllen zu wollen. Am Ende geht es um die Produktion zeitintensiver, einander oft widersprechender und vorläufiger Studien, die dann mit allen *Wenns und Abers* versehen gegen andere wissenschaftliche Meinungen in Stellung gebracht werden. Außerdem braucht es *lange Zeiträume für Erkenntnisgewinn und hohe Ansprüche an Gültigkeit und Qualität der Ergebnisse*: Diese liegen stabil vor, wenn sie im eigenen System der Wissenschaft anerkannt sind. Bei starkem Infrage-Stellen von bisher anerkanntem Wissen treffen die Erneuerinnen und Erneuerer auf erbitterten Widerstand der bisher herrschenden Lehre. Aber diese aus der Zeit von Kuhns „Paradigmen“ gekennzeichnete Sichtweise²⁰ hat sich auch weiterentwickelt; Wissenschaftler/innen sind heute den Perspektivenwechsel gewohnt, ja sie suchen ihn vielleicht sogar, weil es hier Distinktionsgewinne zu gewinnen gibt.

Die Wissenschaft ist eigentlich eine Assemblage an *hochspezialisierten Disziplinen*: Das sind räumlich weit gespannte *Epistemic Communities* mit eigenen Kulturen und Fachsprachen, für die Kolleg/inn/en drei Türen weiter oft genauso unverständlich wie für eine/n Politiker/in. Die Wissenschaftskarriere ist mindestens so sehr von der Anerkennung in der hoffentlich global aktiven Community abhängig wie von der in der eigenen Wissenschaftsorganisation (in der Regel, aber nicht notwendigerweise eine Universität). Nämliche Organisation, eben meist eine Universität, ist nicht so einfach zu führen wie ein Unternehmen. Die *faktische Unregierbarkeit* ist aus den Produktionsbedingungen der Wissenschaft ableitbar: hohe Autonomie aufgrund der Wissenschaftsfreiheit, zunftartige Organisationsform und vor allem der Charakter der Wissenschaft als Expert/inn/ensystem.

Der Wissenschaftsbetrieb ist zudem ein enges Gewebe sozialer Verhältnisse mit ausgeprägter Ungleichheit und spezifischen Verhaltenserwartungen und Rollen – etwa tradierte, oftmals nicht transparente und auch durchaus diskriminierende Ausschlussverfahren (wer darf nicht Teil der Wissenschaft sein) oder eine beinharte Hackordnung basierend auf einem für Außenstehende schwer nachvollziehbaren Reputationswesen. Das stellt seinerseits Quellen einer Reihe von *Fehlfunktionen* der Wissenschaft dar.²¹ Denn zuletzt ist trotz aller kollektiven Anstrengungen, trotz aller Interdisziplinarität und Teamleistung der/die Wissenschaftler/in über weite Strecken eine Einzelperson auf dem Weg zur Professur, zur Anerkennung, zum Preis. *Individuelle Leistung als Anerkennungsprinzip*: Auf diesem Weg gibt es naturgemäß Auffassungsunterschiede, Konflikte und eben Lärm.

¹⁹ Michael D. Cohen, James G. March und Johan P. Olsen (1972), „A Garbage Can Model of Organizational Choice“, in: *Administrative Science Quarterly*, Vol. 17(1), S. 1–25, <https://doi.org/10.2307/2392088>

²⁰ Thomas S. Kuhn (1970), *The structure of scientific revolutions* (2. Aufl.). Chicago: University of Chicago Press.

²¹ Siehe Klaus Fischer (2007) „Fehlfunktionen der Wissenschaft“, in: *Erwägen – Wissen – Ethik*, Vol. 18(1), 3–15; in englischer Übersetzung: Klaus Fischer (2008), „Science and Its Malfunctions“, in: *Human Architecture: Journal of the Sociology of Self-Knowledge*, Vol. 6(2), S. 1–22.

All das ist wiederum der Logik der Wissenschaft geschuldet. Wir erinnern uns an Luhmann: Wahrheit ist das Medium, die (aktuelle) Theorie das Programm. Wir erinnern uns an Foucault: Macht ist überall und Unschuld eine Strategie.

Was bedeutet das für uns? Wir haben drei Beobachtungen anzustellen. Erstens, Wissenschaft und Politik/Verwaltung können leicht ein falsches Bild voneinander bekommen – und sie haben oft auch ein solches. Im Jahr 2013 gab es in englischsprachigen Medien eine schöne Konfrontation zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik und was – bitte, gefälligst – die jeweils andere Seite an den Eigengesetzlichkeiten ihres Gegenübers anerkennen sollte: In *Nature*, und dann im *Guardian* erschien *Top 20 things politicians need to know about science*²², im strengen Ton vorgebracht von drei australischen bzw. englischen Wissenschaftern, die offensichtlich vor allem vom Umgang der Politik mit Daten und Statistik enerviert waren; vielleicht deshalb enthielt die Auflistung auch das item (12): „Scientists are human“. Die Antwort kam postwendend von einem Mitarbeiter des britischen Parliamentary Office of Science and Technology: *Top 20 things scientists need to know about policy-making*,²³ mit den beiden Grundaussagen: Das Politiksystem (politics und policies) ist vielleicht etwas komplexer als ihr euch das vorstellt, und wir, die im Politiksystem arbeiten, sind auch nicht erst gestern auf die Welt gekommen. Von einem sportlichen Standpunkt aus betrachtet, ging diese Runde an die Politik.

Zweitens, trotz dieser Missverständnisse drehen sich Wissenschaft und Politik ständig umeinander, sie schaffen Grenzen und „Grenzobjekte“²⁴ und Regeln und Empfehlungen; sie sind auch voneinander abhängig: die Wissenschaft nicht zuletzt vom Geld, welches die Politik ihr zukommen lässt,²⁵ die Politik von den Erkenntnissen der Wissenschaft, auf denen wirtschaftliches Wachstum, technologischer Vorsprung im Wettbewerb der Nationen und eben auch empirisch fundierte Handlungsempfehlungen beruhen sollen. Letzteres ist in einer massiven Krisenerfahrung besonders wichtig. Jedenfalls zeigen sowohl historische wie auch aktuelle Beispiele deutlich, dass Politik und Wissenschaft sich ihre gegenseitige Abgrenzung immer auch ein Stück weit bewusst konstruiert haben²⁶ und dass einige der produktivsten Bereiche dort zu finden sind, wo Wissenschaft, Politik und Verwaltung planerisch produktiv miteinander umgegangen sind; nicht ganz zufällig heißt die Quelle, die hier instruktive Beispiele bereitstellt, „*Saving Science*“.²⁷

Drittens, im Falle der entscheidungsvorbereitenden Wissenschaft tarieren sich Nachfrage und Angebot ständig neu aus.²⁸ In dem Zusammenhang ist „*speaking truth to power*“ vielleicht wertvoll als moralischer Imperativ, gerade auch für pragmatisierte Wissenschaft/innen – aber dann hört sich der Nützlichkeits- und Realitätsgehalt dieser Maxime für unsere Frage schon auf. Denn umgekehrt gibt es durchaus Beispiele, wo „unbequemes Wissen“ durch sozial konstruierte Ignoranz zum Verschwinden gebracht werden kann – und in vielen Fällen schließt dies die beteiligten Wissenschaftler/innen mit ein.²⁹ Viel relevanter für uns daher: Die Politik behauptet in ihrem Tun und in ihren Begründungszusammenhängen wenigstens nicht, dass sie ihre Handlungen in Unschuld und in einem gleichsam interesselosen Interesse setzt. Sie will und muss in konfliktreichen und verwaschenen Situationen

²² „Top 20 things politicians need to know about science“, <https://www.theguardian.com/science/2013/nov/20/top-20-things-politicians-need-to-know-about-science> (letzter Zugriff: 10.12.2020).

²³ „Top 20 things scientists need to know about policy-making“, <https://www.theguardian.com/science/2013/nov/20/top-20-things-politicians-need-to-know-about-science> (letzter Zugriff: 10.12.2020).

²⁴ „Boundaries“ und „boundary objects“ sind seit langem ein besonders beliebter (wenngleich recht fluider) Untersuchungsgegenstand in den Science and Technology Studies; oder, wie David H. Guston (2000) trocken festhält: „The use of boundary objects, however, is almost infinitely flexible.“ *Between politics and science: assuring the integrity and productivity of research*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 29. Siehe auch Thomas F. Gieryn (1995), „Boundaries of Science,“ in: Sheila Jasanoff, Gerald E. Markle, James C. Peterson, Trevor Pinch (Hrsg.): *Handbook of Science and Technology Studies*, London: Sage, S. 393–443.

²⁵ Paula E. Stephan (2012), *How economics shapes science*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

²⁶ Mitchell Ash hat dafür einmal den Begriff der „Ressourcenkonstellation“ geprägt, siehe etwa Ash (2002), „Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander“, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart: Steiner, S. 32–51.

²⁷ Daniel Sarewitz (2016), „Saving Science“, in: *The New Atlantis*, Vol. 49, S. 1–40.

²⁸ Instruktiv: Daniel Sarewitz und Roger Pielke, Jr. (2007), „The neglected heart of science policy: reconciling supply of and demand for science,“ in: *Environmental Science & Policy*, Vol. 10(1), S. 5–16.

²⁹ Steve Rayner (2012), „Uncomfortable knowledge: the social construction of ignorance in science and environmental policy discourses“, in: *Economy and Society*, Vol. 41(1), S. 107–125.

Entscheidungen herbeiführen. Das heißt eben auch gegenüber der Wissenschaft, dass Entscheidungen (wie: Ohren öffnen, Kontexte erklären, Institutionen bauen, Finanzierung sicherstellen, ...) in Zeiten vor Krisen getroffen und umgesetzt werden sollen.

4. UND NUN?

Es ist eindeutig, dass die Wissenschaften – als globales, in unserem Fall vor allem naturwissenschaftlich-biomedizinisches Unternehmen – große Prüfungen bestehen können und im Fall der COVID-19 Pandemie auch gerade bestehen. Noch nie ist so schnell, so breit, so global, so kollaborativ und noch dazu höchst erfolgversprechend eine große Herausforderung für die Menschheit angegangen worden. Es bleibt zu hoffen, dass sich in der kollektiven Erinnerung auch durchsetzt, dass es eben die öffentlichen Hände (vor allem der Nationalstaaten) waren, die jahrzehntelange Grundlagenforschung, kollaborative Forschung zu riskanten und strukturell komplizierten neuen Fragen sowie Transfer und Ausbildung finanziert und getragen haben.³⁰ Die gegenwärtige Krise ist auch ein Triumph der und ein Plädoyer für die staatlich finanzierte Wissenschaft – was keine Schmälerung etwa der phänomenalen Leistungen der Pharma- und *Life-Sciences*-Industrie bedeutet. Das Prüfungsergebnis ist auch deshalb so positiv, weil es relativ gesehen besser ausfällt als für jede andere Art von Akteur/inn/en und Institutionen, die Spitalsmedizin einmal ausgenommen. Das Zeugnis ist ein globales Dokument, weil es sich nur für die globale Wissenschaft ausstellen lässt. Mainz ist auf dieser Ebene Cambridge/Mass., ist Peking, ist Oxford, ist Wien. Wer was beitragen kann, hängt freilich stark von den vorher lokal geschaffenen Strukturen und Bedingungen ab, aber die vielen, die sich impfen lassen, werden wohl nicht allzu wählerisch sein, woher die Charge kommt.

Das, was als Forschung für Politikgestaltung bzw. die Rolle der Forschung eingebunden in Politikgestaltung gegen eine Krise bezeichnet werden kann, spielt eine ebenso wichtige Rolle, muss aber anders gedacht werden, nämlich überwiegend lokal, sprich national und ist daher auch vor allem auf dieser Ebene zu betrachten³¹. Hier kommen die Geistes- und Sozialwissenschaften massiv herein, wohingegen die Natur-, Ingenieurs- und medizinischen Wissenschaften in einer anderen Funktion als im globalen Spiel auftreten, nämlich als Übersetzer/innen, auch als Erklärer/innen und als Bereitsteller/innen von Evidenz.³² Der Kontext ist hier überall sehr stark und dicht; kulturell, traditionell und organisatorisch bis zum Geht-nicht-mehr aufgeladen. Wer ihn nicht sieht und verstehen kann, hat schon verloren, egal ob Fragen gestellt oder schon beantwortet werden sollen.

Dieser Kontext heißt: „Wer entscheidet? Wer entscheidet im und über den Ausnahmezustand? Wer hört wem zu? Wer spricht mit welcher institutionell bereitgestellten und vom *track record* her untermauerten Legitimation? Wo treffen sich die verschiedenen Stimmen, um einander zuzuhören und die Sprache der Expertise der jeweils anderen verstehen zu lernen? Ist das, so es stattfindet, vornehmlich ein wertvoller Dialog zwischen Wissenschaften oder auch eine Brücke zur Politik? Wessen Aufgabe ist der Bau solcher Brücken? Was gibt es an institutionellen Gefäßen, um Probleme verstehen und bearbeiten zu können – durchaus, bevor losgeforscht wird? Welche Budgets, Doktoratsschulen, Labors, Datenreihen stehen zur Verfügung, wenn losgeforscht wird?

Die Beschreibung für Österreich lautet in zwei Worten: holprig und matt. Die Corona-Krise zeigt, was vorher nicht getan und was beim *Capacity-Building* und bei evidenzorientierten Forschungs- und Dialogstrukturen primär von der Politik versäumt worden ist. Schwierige Zeiten benötigen Halt und Orientierung, nicht nur durch kommunikative Auftritte, sondern auch institutionell, sprich Anker *und* Uhren, um für Festigkeit zu sorgen und um die Abläufe besser strukturieren zu können. Das Bild für Österreichs administrativ-politische Strukturen ist

³⁰ Das hat Mariana Mazzucato deutlich herausgearbeitet, siehe Mazzucato (2015), *The entrepreneurial state: debunking public vs. private sector myths*, New York: Publicaffairs.

³¹ Die wichtige Rolle der EU als transnationaler Staatengemeinschaft und als Akteur ist dabei nicht vergessen.

³² Da in der Wissenschaft, wie oben schon angeführt, die Wahrheit immer eine relative ist, bevorzugen wir (wieviele andere) den Begriff der Evidenz. Es ist uns bewusst, dass dies zum Teil ein semantisches Verschieben des zugrundeliegenden Problems ist. Interessanterweise haben Forscher/innen aus Österreich zum Verhältnis von Evidenz, Wahrheit, Expertise in den letzten Jahren wichtige Beiträge geliefert, siehe etwa Katharina T. Paul und Christian Haddad (2019), „Beyond evidence versus truthiness: toward a symmetrical approach to knowledge and ignorance in policy studies“, in: *Policy Sciences*, Vol. 52(2), S. 299–314; Anna Durnová (2019), „Unpacking emotional contexts of post-truth“, in: *Critical Policy Studies*, Vol. 13(4), S. 447–450.

ziemlich klar, auch wenn heute darüber seitens derer, die Änderungen in der Hand haben, nicht viel gesprochen werden mag: Schwächen in Messung und Synchronisierung; geringer Grad an Verankerung.

Doch auch die Wissenschaftler/innen und ihre Organisationen haben Verantwortung, nämlich ihr Denken und Tun nicht a priori als wahr und vor allem nicht als neutral zu sehen. Wenn wir von evidenzbasierter Politik reden, dann sollten wir nicht vergessen, sie auch als politikbasierte Evidenz anzusehen und so zu verankern. Der bekannte englische Gesundheitsforscher Michael Marmot sagt: „*A simple prescription would be to review the scientific evidence of what would make a difference, formulate policies, and implement them Unfortunately this simple prescription, applied to real life, is simplistic. The relation between science and policy is more complicated. Scientific findings do not fall on blank minds that get made up as a result. Science engages with busy minds that have strong views about how things are and ought to be.*“³³ Es sind immer Annahmen und Weltbilder dahinter und Naivität wirklich keine Tugend.

Hat das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik durch die Corona-Krise eine neue Dimension gewonnen? Für Österreich können wir das nicht in einem bedeutenden Ausmaß erkennen, weder im umgangssprachlichen noch im mathematisch-geometrischen Sinn des Wortes Dimension, und das gilt für beide Seiten. Die Uhren der beiden Teilsysteme gehen besonders auffällig anders und auch die wechselseitige Verankerung von Wissenschaft und Politik ist noch geringer ausgeprägt als wir es aus anderen Ländern zu kennen vermeinen. Gerade die schwachen Ausgangsbedingungen – wir haben die Sektorforschung, Dialog- und Beratungsformate, Datenlage, Ernst des Staates in Bezug auf Wissenschaft und Capacity-Building genannt – dürften jetzt in der Krise eine bremsende Funktion ausüben: Es gibt eben wenig Plattformen, von denen aus etwas rasch wachsen könnte. Der traditionell eher schwache Status gerade der Gesundheitsforschung (wie *Public Health*)³⁴ oder der Bildungsforschung machten das Erreichen einer neuen Dimension tatsächlich schwer. Das heißt nicht, dass keine Lichtblicke oder Potenziale da sind: Innerhalb der Wissenschaften haben sich neue disziplinenübergreifende Koalitionen gebildet, die Datenfrage wird stärker auch legislativ in den Blick genommen, und Foren wie das *Future-Operations-Clearing-Board* geben Raum für neue Dialoge zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Diese weichen Instrumente sind auch die richtigen – in einer Krise sollen ja nicht die Strukturen geändert werden. Was passieren muss, ist ein prozyklisches Handeln nach der Überwindung der unmittelbaren Krise: Dann sind bessere Uhren zu kaufen, bestehende zu reparieren, dann ist es Zeit, stabile Anker zu fertigen.

Bilden sich dabei wechselseitige Abhängigkeiten und Machtverhältnisse zwischen Wissenschaft und Politik aus? Die Intensität im Umgang dürfte sich schon ein Stück weit vertiefen, die Machtverhältnisse und die Abhängigkeiten bleiben dieselben. Es gibt wenig Hinweise darauf, dass die österreichische Politik und Verwaltung die Wissenschaften durchgängig in einer neuen, so starken Intensität benötigen würden, dass es sich um eine Wechselseitigkeit handelt: Die Strukturen und Allokationsmuster haben sich eben nicht wesentlich geändert³⁵ und es gab nur überschaubare Corona-Forschungsförderungsprogramme. Die Wissenschaft darf zwar beratend an verschiedenen Tischen sitzen, doch wer wozu wann im Dialog spricht, wird eindeutig von der Politik bestimmt und ihre Entscheidungen deuten nicht auf strukturiertes *evidence based policy making*. Ob es in der Folge prozyklisch zu Handlungen und Änderungen kommen wird, lässt sich aus heutiger Sicht noch nicht sagen.

Die Frage nach der Kommunikation und der Kommunikationsfähigkeit der Wissenschaft ist ebenfalls stark geprägt von einem verhältnismäßig geringen Ausgangsniveau, mit einigen sehr wohl zu beobachtenden Bemühungen von Wissenschaft, Politik und Medien. Die Ressourcen und Strukturen sind schwach ausgeprägt; und wie anderswo, ist es auch in Österreich traditionell sehr schwer, diese Kommunikation gelingend herzustellen.

³³ Michael Marmot (2004), „Evidence based policy or policy based evidence? Willingness to take action influences the view of the evidence“, in: *BMJ*, Vol. 328(7445), S. 906 f.

³⁴ In den bevölkerungsmäßig doppelt so großen Niederlanden gibt es eine Fördereinrichtung namens ZonMW für Gesundheitsforschung von Wissenschaft bis hin zu Umsetzungsschritten in Praxiskonzepte mit € 300 Mio. Jahresbudget; <https://www.zonmw.nl/en/> (letzter Zugriff: 27.12.2020). Für Österreich verkennen wir nicht, dass sich beide angesprochenen Bereiche in den letzten Jahren besser zu entwickeln beginnen.

³⁵ Es soll nicht in Abrede gestellt werden, dass seitens der Politik in den letzten Jahren und auch jüngst für Universitäten und Wissenschaft mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden und auch werden. Die Argumentation für die jüngsten Budgetentscheidungen war freilich nicht ursächlich mit der Corona-Krise verbunden, sondern folgt überwiegend einem eigenen, gesonderten Narrativ einer umfassenden Wettbewerbsfähigkeit und einer langen Aufholjagd. Siehe dazu den OECD Länderbericht zu Österreich aus 2018: *OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018, Country Report*, Paris: OECD, <https://doi.org/10.1787/9789264309470-en> (letzter Zugriff: 10.10.2020), und die entsprechenden Reaktionen.

Wieder sehen wir Zusammenhänge zur Krise und beobachten, dass es zwischen Auftrittshäufigkeit und wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht in allen Fällen eine direkte Verbindung gibt. Umgekehrt sehen wir mehr Anstrengungen zahlreicher Institutionen, Wissenschaft und Evidenz aufzubereiten und zu kommunizieren. Problematisch wird es, wenn wissenschaftliche Erkenntnis zum Marketing verkommt, wenn es bloß in Form von Presseaussendungen in die Welt getragen wird und keine kritische Rezeption und Kontextualisierung erfährt. Es braucht Wissenschaftsjournalist/inn/en, die Zeit und Wissen haben, sich – siehe Ed Yong – ins Material einzuarbeiten. Es braucht auch eine Kritik (und Kritikbereitschaft) an den handelnden Akteur/inn/en, und damit meinen wir nicht nur Personen, sondern auch und insbesondere Organisationen wie Universitäten.

Und nun?

Wir bleiben für Österreich beim Bild der Anker und der Uhren. Was die Anker betrifft: Erstens brauchen wir, gelassen ausgesprochen, endlich eine Verfassungsreform, die den föderalen Staat deutlich einfacher werden lässt und eindeutiger Zuständigkeit dem Bund, den Ländern und den Organisationen selbst zuordnet. Zweitens ist es eine klare Lehre aus der Krise, dass die Wissenschaft im Anschluss an dieselbe prozyklisch intensiv zu finanzieren ist. Das soll die kompetitive wissenschaftliche Forschung ebenso stärken wie wissenschaftliche Institutionen und Sektor- und interdisziplinäre Policy-Forschung. Dabei ist auch darauf zu achten, dass die Funktionsweise von Expert/inn/eneinrichtungen der Regierung wie GÖG oder AGES in Richtung unabhängiger Forschung weiter gestärkt werden kann. Wir müssen drittens für die Forschung Talente von überall her für unsere Institutionen und ihnen attraktive Möglichkeiten geben.³⁶

Anker und Uhren zugleich sind die Daten und Datenstrukturen: Hier liegen Vorschläge und Initiativen zuhauf vor, wie unter Einhaltung von Privacy- und Sicherheitsstandards Österreich bestehende Daten besser für die Forschung einsetzen kann als auch neue Register, Panels und andere Datensätze für eine stärker evidenzorientierte Politikgestaltung einführen kann. Das ist wissenschaftliche Infrastruktur im besten Sinn.

Zu den Uhren schließlich: Wer tickt wie und was kann vom Ziffernblatt abgelesen werden? Wir sollten dabei erstens die Wissenschaftler/innen als politisch listige Akteurinnen und Akteure ansehen (das sind sie nämlich) und sie nicht in Ruhe lassen; diejenigen, die nicht zugeben mögen, dass sie in einer politischen Welt nicht nur leben, sondern immer auch eine aktive Rolle spielen, können wir höflich ignorieren lernen. Überhaupt, lernen: Wir sollten voneinander lernen, aber wir sollten auch – zweitens – Räume schaffen zum Lernen, dabei in wenigstens zwei Arten von Gesprächsgremien zwischen Politik und Wissenschaften: Übungsplätze wie das Future-Operations-Clearing-Board und ernsthafte Beratungsgremien mit klarem Mandat. Hier stellen die Beteiligten im Dialog ihre Uhren ein, im Wissen, dass es eine echte Synchronisierung nicht geben kann.

Was, zuletzt, sollen wir jede Stunde von der Politik wollen? Offene Ohren, stabile Finanzierung und Darlegung ihrer Entscheidungsgründe wären schon einmal drei schöne Dinge.

Eingesendet am 29.12.2020

Dr. Thomas König; Institut für Höhere Studien (IHS), thomas.koenig@ihs.ac.at

Dr. Michael Stampfer; Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF),
michael.stampfer@wwtf.at

³⁶ Denken wir an die nunmehrige Nobelpreisträgerin Emmanuelle Charpentier oder an die Kinder türkischer Einwanderer namens Özlem Türeci und Ugur Sahin, die als Forscher/innenpaar in Mainz gemeinsam mit dem Auslandsösterreicher Christoph Huber den ersten COVID-Impfstoff entwickelt haben.